

Jedes Jahr erinnern die westlichen Medien im Juni an das „Tiananmen-Massaker“. Es steht für sie für den großen und unverzeihlichen Fehler der Volksrepublik China, dass sie die Einführung des Kapitalismus in ihrem Land und ihre Öffnung für westliches Kapital nicht mit politischer Demokratisierung verbunden hat. Warum das eine erstens unsachliche und zweitens parteiliche Sicht auf die Ereignisse von 1989 ist, ist dem folgenden Textauszug aus meinem Buch zu entnehmen:

Die Widersprüche des »kapitalistischen Experiments« – das Jahr 1989

Bei aller Um- und Vorsicht, die die Kommunistische Partei walten lässt, um den kapitalistischen Umbau ihres ehemals realsozialistischen Landes zu einem Erfolg für die chinesische Nation zu machen – mit ihrem Programm handelt sie sich einiges an gesellschaftlichen Widersprüchen ein.

Sie hat ihr Volk dazu aufgefordert, die in der sozialistischen Vergangenheit gültige Beziehung zwischen Einzel- und Gemeinschaftsinteresse *umzudrehen*. Hatte die Partei die nationale Ökonomie bisher so organisiert, dass jeder zuerst einmal auf die Gemeinschaft, die Nation, das Kollektiv, den Aufbau bezogen war und sich praktisch dafür anzustrengen hatte, bevor ihm dann ein Teil der »sozialistischen Errungenschaften« auch privat zugute kam, sollen nun alle in diesem Geist Erzogenen zunächst an *sich* und ihren privaten Vorteil denken. Und sie sollen nicht nur so denken, sondern sich *praktisch* dementsprechend verhalten. Die privaten Interessen ermächtigt die KP zwar vor allem deshalb zu ihren neuen Freiheiten, weil sie scharf ist auf das *staatsnützliche* Resultat, das darüber in die Welt kommen soll: Eine moderne Ökonomie, die der chinesischen Staatsgewalt endlich die materiellen Mittel erwirtschaftet, mit denen sie die »ihr zukommende« Stellung in der Welt (zurück)erobern kann.

Was sie dafür unter dem Stichwort »neue ökonomische Freiheiten« peu à peu in ihre Gesellschaft einpflanzt, ist aber nichts anderes als der Zwang zur *Konkurrenz*. Ganz egal, wie sie im Einzelfall zu den bisherigen Kollektiven, ihren Plänen und ihren Resultaten stehen; ganz egal auch, was sie von den neuen Prinzipien der »sozialistischen Modernisierung« halten – die neuen staatlichen Vorgaben *zwingen alle* Chinesen praktisch zu dem, was in bürgerlichen Gesellschaften *Freiheit* heißt: Aus vormals kollektiv organisierten und kooperativ produzierenden Bauern und Arbeitern werden Schritt für Schritt (wieder) lauter Privatpersonen bzw. private Eigentümer, denen gar nichts anderes übrig bleibt, als ihren Lebensunterhalt oder auch eventuellen Reichtum *gegen* und *auf Kosten* aller anderen zu erwirtschaften. Ganz notwendig verhalten sich diese frisch ermächtigten privaten Interessen gleichgültig, rücksichtslos oder sogar zerstörerisch gegen andere private, aber auch gegen alle möglichen staatlichen oder kollektiven Berechnungen.

Das wird gerade an den Gegenmaßnahmen deutlich, mit denen die Reformer der KP ihr »kapitalistisches Experiment« gleich vorsorglich begleiten. Bauern müssen, kaum dass sie in ihre Familienverantwortlichkeit entlassen sind, zur Produktion bestimmter Grundnahrungskontingente gezwungen werden; Staatsbetriebe müssen sich ein gutes Stück weit an der alten sozialistischen Arbeitsteilung orientieren – all das ordnet die chinesische Führung an in dem Bewusstsein, dass die Einführung kompletter Marktfreiheit die Existenzgrundlagen der nationalen Ökonomie gefährden könnte. Andererseits können all die staatlichen Vorschriften nicht ungeschehen machen, dass die Partei ihr Volk im ersten Schritt prinzipiell zur Rücksichtslosigkeit gegenüber den funktionellen Bedürfnissen der Gesellschaft ermuntert hat. Wer sich im Interesse seiner Bereicherung dazu in der Lage sieht, verhält sich also dementsprechend. In den ersten Jahren der Modernisierungspolitik existieren zudem in vielen Bereichen rechtliche *Grauzonen*: Die kommunistische Staatsgewalt hat alles Mögliche nicht geregelt, weil es einen entsprechenden Bedarf in ihrer alten Gesellschaft schlicht nicht

gegeben hat. So wird sie bei aller Vorsicht, zu der sie sich ständig ermahnt, faktisch von einigen Wirkungen überrascht bei dem, was sie selbst losgetreten hat – es ist vielleicht doch ein kleiner Widerspruch, ausgerechnet die Einführung der Marktwirtschaft nach Plan betreiben zu wollen! Die Tagesordnung der chinesischen Innenpolitik ist deshalb zu einem nicht geringen Teil damit befasst, Erwünschtes von Missliebigem zu trennen. Und zwar ohne dass sie dafür klare Anhaltspunkte hätte und ohne dass klar wäre, ob eine solche Trennung sachlich überhaupt möglich ist.

- *Auslandsschulden.* Es ist ein Hauptziel der »sozialistischen Modernisierung«, die Produktivkraft der chinesischen Betriebe zu erhöhen. Insbesondere Betrieben im Umland der Sonderwirtschaftszonen, die als Zulieferer für Joint-Venture-Unternehmen arbeiten oder selbst bereits ins Ausland exportieren, gestattet die chinesische Regierung deshalb den *Import moderner Maschinen*. Dafür lockert sie ihr Außenhandelsmonopol ein Stück weit – mit der Folge, dass alle möglichen Betriebe sich daran ein Beispiel nehmen und nach Kräften versuchen, an Importwaren aller Art zu kommen – ob Maschinen oder Konsumwaren, ob verkäuflich oder nicht, ob mit oder ohne staatliche Lizenz. Das Resultat: Trotz steigender Exporte aus den Sonderwirtschaftszonen kippt die *Handelsbilanz* der Volksrepublik Mitte der 1980er Jahre ins Negative (1985: 15 Mrd. US-Dollar!) und trotz wachsender Kapitalimporte *verschuldet* sich der chinesische Staat im Ausland.¹

- *Inflation.* Eine große Zahl der Unternehmen wird mit Hilfe des Zugriffs auf Kredite der staatlichen Banken gegründet – »in kurzer Zeit etwa 700.000 mittelständische Unternehmen mit knapp 30 Millionen Beschäftigten« (Sieren 2005: 182). In den Augen der Beijinger Zentrale wird dabei zu viel Kredit in Umlauf gebracht, was sich in Überproduktion mit nachfolgenden Pleiten und inflationären Tendenzen bemerkbar macht. Die offizielle Inflationsrate erreicht 1988 den Rekordwert von 18,5%, die Lebensmittelpreise steigen um 50% gegenüber dem Vorjahr.

- Die *Provinzen*, die keine Sonderwirtschaftszonen beherbergen oder in deren Umgebung liegen, sehen sich strukturell immer mehr benachteiligt. Nachdem sie per Steuern für die infrastrukturelle Erschließung der Sonderwirtschaftszonen herangezogen wurden, werden die dort erfolgreich akkumulierten Mittel nicht zur Entwicklung der zurückgebliebenen Regionen verwandt, sondern bleiben in der Hand der Ostküsten-Provinzen. Das ist Resultat der neuen Machtstellung, die sich diese Landesteile im Bewusstsein ihrer neuen Bedeutung durch Einbehaltung von Steuern und Zöllen herausnehmen; die Zentrale in Beijing findet sich mit Blick auf den ökonomischen Erfolg, an dessen Ausweitung auch sie interessiert ist, zunächst mehr oder weniger zähneknirschend mit diesem provinziellen Egoismus ab. Das allerdings beschleunigt sämtliche Zerfallserscheinungen in Sachen Herrschaftsfunktionen in den ärmeren Provinzen.

- *Korruption.* Das intime Verhältnis der frischgebackenen Unternehmer und der kommunistischen Partei macht sich mehr und mehr als *Korruption* im großen Stil bemerkbar.² Daran bemerkt die KP zunehmend Phänomene, die sie *existentiell* stören. Sie registriert eine

¹ »1983 erreichte China aus dem Stand einen Handelsüberschuss von 5,2 Milliarden US-Dollar. (...) 1984 waren die Einfuhren nur für sieben Monate durch Devisenreserven gedeckt, obwohl diese sich zwischen 1980 und 1984 von 2,26 Milliarden US-Dollar auf knapp 14,5 Milliarden US-Dollar erhöht hatten. 1985 hatte sich wieder ein Handelsdefizit von 15 Milliarden US-Dollar aufgebaut, das höchste in der Geschichte der Volksrepublik. (...) Die Regierung verlor die Kontrolle über die Importe und musste sich im Ausland verschulden. Diese Schulden wuchsen zwischen einer und eineinhalb Milliarden US-Dollar monatlich an, zwischen 1984 und 1986 um 35% auf 21 Milliarden US-Dollar. (...) Die Auslandsschulden stiegen bis Ende 1987 um weitere 50% auf über 30 Milliarden US-Dollar.« (Sieren 2005: 180ff.)

² »Im Frühjahr 1989 zeigte ein Bericht des Obersten Volksgerichtshofs, dass die Gerichte der Nation 1988 eine Rekordzahl von 55.710 Wirtschaftsverbrechen verhandelt hatten; 8.428 Menschen wurden wegen Korruption, 1.584 wegen der Annahme von Bestechungsgeldern, 1.699 wegen Schiebertums und 198 wegen Schmuggel der Prozess gemacht. Weitere 15.787 Fälle von Wirtschaftskriminalität lagen den Gerichten im ersten Viertel des Jahres 1989 vor. In 6.433 dieser Fälle befand man die Angeklagten der Korruption und der Bestechung für schuldig, was einen Anstieg von 27% gegenüber dem Vorjahr bedeutete.« (Nathan/Link 2001: 59)

schleichende Unterhöhlung ihrer zentralen Gewalt. Sie kann nicht mehr sicher sein, dass Verwaltung und Souveränitätsausübung in ihrem Sinne funktionieren. Anordnungen aus Beijing werden in den Provinzen nicht umgesetzt, weil die Amtsinhaber vor Ort anders rechnen; der *chinesische Markt* droht in autonome Teile zu zerfallen, Chinas *autarke Lebensmittelversorgung* gerät in Gefahr.³ Die *Kommunistische Partei* selbst gerät immer mehr in Misskredit.

»Die sektorale ungleiche Entwicklung führte Ende der 1980er Jahre zu massiven Problemen in der Rohstoff- und Energieversorgung, die mit einem Preisanstieg der wichtigsten Rohstoffe und Energiegüter um 15% bis 40% einhergingen. Aufgrund der Engpässe in der Rohmaterial- und Energieversorgung wurden im Jahre 1989 Produktionsausfälle berichtet, von denen ein Drittel der verarbeitenden Industrien betroffen waren. In dieser Situation spitzten sich die Interessenkonflikte zwischen den Inlandsprovinzen als Rohstoff- und Grundnahrungslieferanten und den Küstenprovinzen als verarbeitenden Industriezentren zu, was Ende der 1990er Jahre so genannte ›Rohmaterial‹-, ›Tabak‹-, ›Baumwolle‹- und ›Seidenkriege‹ auslöste. Angesichts der chronischen Engpässe in der Rohstoffversorgung versuchten die Inlandsprovinzen mit Exportembargos lokale Ressourcen für die eigenen verarbeitenden Industrien sicherzustellen oder sie direkt auf dem Weltmarkt zu besseren Preisen zu vermarkten. Dies führte in den Küstenregionen zu Mangel an Rohstoffen. Die Provinzregierungen in den Küstenregionen reagierten mit einer vom Militär unterstützten ›Offensive‹, um die Handelsembargos zu durchbrechen.«

Hyekyung Cho 2005: 63

Shanghai-Volkswagen,

ein Jointventure zwischen der deutschen *Volkswagenwerk AG* und der *Shanghai Automotive International Corp.*, und *Fukang*, ein Jointventure zwischen der französischen *P.S.A. Peugeot-Citroen* und *Dong Feng Motor* in Wuhan, der Hauptstadt der Provinz Hubei, sind die beiden führenden Pkw-Hersteller von landesweit über 120 Autoherstellern, die mit Hilfe protektionistischer Politik der zuständigen Regierungen versuchten, ihre Marktstellung zu behaupten. Die Regierungen als politische Patrone beider Unternehmen erhoben gegenseitig extrem hohe Lizenzgebühren und Sondersteuern auf ›Importautos‹ und sperrten auf diese Weise die lokalen Autoabsatzmärkte gegen die inländische Konkurrenz. Daher wurde das von *Shanghai-Volkswagen* hergestellte Modell *Santana* in Wuhan für 326.000 Yuan (39.000 USD) verkauft und war damit doppelt so teuer, denn der sonst übliche Verkaufspreis lag bei 172.000 Yuan (20.000 USD). (...) In Hubei musste man bei dem Kauf anderer Automarken zusätzlich zu dem Verkaufspreis eine Sondersteuer von 70.000 Yuan (8.500 USD) für den *Enterprise Poverty Relief Funds* zahlen, welcher ortsansässigen Staatsunternehmen helfen sollte. Diesbezüglich bemerkte ein Funktionär in Peking, dass die regionale Konkurrenz innerhalb der VR China viel härter als auf dem Weltmarkt wäre.«

Hyekyung Cho 2005: 100

• *Soziale Konflikte* nehmen zu, sowohl auf dem Land wie in den Städten. Bauern, die von ihrem Land nicht mehr leben können oder von ihm vertrieben werden, wandern in die Städte ab, ohne dort sichere Existenzmöglichkeiten zu finden. In der gerade entstehenden Marktwirtschaft setzen diejenigen, die keine anderen Mittel haben als sich selbst, nicht selten

³ Clevere Kommunalpolitiker und Provinzgouverneure kaufen die Getreidekontingente, die sie laut Plan zu erbringen haben, einfach in anderen Gemeinden und Provinzen, um *ihre* Agrarflächen mit lohnenden Gewerbeansiedlungen bestücken zu können.

auf Prostitution und Gewalt; die *Kriminalität* nimmt stark zu, organisierte Banden entstehen – oft unter dem Schutz und in trauter Zusammenarbeit mit der Polizei.

»Seit Beginn des Jahres haben viele Personen an das Parteikomitee geschrieben, um auf soziale Probleme hinzuweisen, Verbrecher anzuzeigen oder einfach nur ihren Gefühlen Luft zu machen. Die Briefe sind in einem anklagenden, zornigen Tonfall gehalten und lassen große Besorgnis erkennen. Einige Verfasser teilen mit, Banditen, Räuber und Taschendiebe trieben nun so häufig ihr Unwesen, dass Gesetzlosigkeit an der Tagesordnung sei. Früher hätten tätliche Angriffe als Schwerverbrechen gegolten, aber nun, so heißt es in diesen Briefen, würden Morde anscheinend nicht ernster genommen als die Schlachtung eines Huhnes. In der Vergangenheit hätten sich Banditen nur im Gebirge oder in fernen Gegenden hervorgewagt, aber nun hielten sie sich in den Städten auf und begingen Verbrechen in Zügen, Bussen und auf Fähren. Die jahrelang unsichtbare Prostitution sei wiedergekehrt. Glücksspiel, Auseinandersetzungen über Wasser und Land sowie organisierte Schlachten zwischen Clans hätten alle eine Häufigkeit, ein Ausmaß und eine Destruktivität erreicht, die seit der Befreiung beispiellos sei.«

Nathan/Link 2001: 60

Innerhalb der Kommunistischen Partei setzt Ende der 1980er Jahre eine Diskussion über die politische Zukunft des »kapitalistischen Experiments« ein. Einige wenige lehnen die Linie der »sozialistischen Modernisierung« ganz ab und wollen zur Ökonomie der Mao-Zeit zurückkehren; vor allem aber gibt es erhebliche parteiinterne Bedenken gegen *Tempo* und *Wirkungen* der Reformen.⁴ Nutznießer und Befürworter der neuen ökonomischen Politik befürchten deshalb, dass sich die Kritik zu einer generellen Verlangsamung oder Aushöhlung ihres Kurses auswachsen könnte. Die Proteste der chinesischen Studenten im Frühsommer 1989, die zunächst vor allem Korruption und Inflation attackieren und sich dann mehr und mehr auf politmethodische Forderungen nach demokratischen Reformen verlegen, veranlassen die chinesische Führung schließlich zu einer eindeutigen Entscheidung über die ökonomische und politische Zukunft des Landes.

Das Interesse westlicher Journalisten an den chinesischen Studentenprotesten ist groß. Das galt 1989 ebenso wie es heute gilt, am 20. Jahrestag:

»Tiananmen-Platz, 20 Jahre später: Nichts soll an das Massaker erinnern. Dennoch ist sichtbar, was nicht gezeigt werden soll.« (*Gärtner, SZ, 3.6.2009*) »»Warum erinnert ihr Ausländer nur immer wieder daran?«, stöhnt die Studentin. »Das ist Geschichte.«« (*Fähnders, FAZ, 11.7. 2009*)

Die Beijinger Korrespondenten der großen westlichen Tageszeitungen kämpfen allerdings tapfer darum, dass dieses Ereignis nicht dem (anscheinend nicht nur) staatlich erwünschten Vergessen anheimfällt, sondern immer wieder als »Mythos Tiananmen« zitiert und beschworen werden kann. Sie machen Interviews mit den »Müttern von Tiananmen« und begleiten trauernde Verwandte der Opfer zum Friedhof – so viel Anteilnahme wird längst nicht jedem zuteil, der (s)einem Staat in die Quere kommt und von ihm geschädigt wird. Sie zitieren die Zahl der Opfer »des Massakers« bewusst unbestimmt als »möglicherweise in die Tausende gehend, was niemand je genau wissen wird« – anscheinend ist es für sie ungeheuer

⁴ Unter dem Titel »Eine gespaltene Parteiführung« merken Nathan/Link an: »Eine zweite Gruppe von Führern, mit den Parteiältesten Chen Yun (einem pensionierten Wirtschaftspolitiker), Li Xiannin (bis März 1988 Staatsoberhaupt) und Peng Zhen (bis März 1988 Vorsitzender des Nationalen Volkskongresses), war besorgt darüber, dass die sich schwächende Parteikontrolle ideologische und gesellschaftliche Unordnung fördern könne. Sie betonten die Gefahren einer »bourgeois Liberalisierung«, womit sie zum Kapitalismus tendierende Denkrichtungen meinten.« (Nathan/Link 2001: 56)

wichtig, dem chinesischen Staat die *Größe* seines Verbrechens an Hand von Zahlen vorzuhalten, die weit über die offiziell zugegebenen (421 Tote) hinausgehen. Und sie ärgern sich in *diesem* Fall vehement darüber, dass sich ein Volk von seiner Staatsgewalt seine Lebensbedingungen ebenso vorbuchstabieren lässt wie die Interpretation bestimmter historischer Ereignisse:

»Die in den 1980er Jahren geborenen Chinesen wissen wenig von damals, es sei denn, sie leben im Ausland. Selbst wenn viele die Reaktion der damaligen Führung als zu hart empfinden, wird in der Regel Verständnis geäußert und wenig Kritik. Die junge Generation hat eigene Interessen, will einen lukrativen Beruf annehmen, eine Familie gründen. Die meisten Chinesen scheinen sich der offiziellen Version der Dinge angeschlossen zu haben. Demnach war der Militäreinsatz notwendig, um die Stabilität Chinas zu sichern und ›Chaos‹ zu verhindern, wie es später in Osteuropa oder Russland ausgebrochen sei. Das Eingreifen der Armee habe Chinas rasante Entwicklung erst möglich gemacht. Der Schießbefehl war die Voraussetzung für das zweistellige Wirtschaftswachstum, ließe sich diese Logik wohl verkürzt zusammenfassen.« (*Fähnders, FAZ, 11.7 2009*)

Damals wie heute projizieren die Journalisten mit Vorliebe in die Forderungen der Studenten vor allem das, was *sie* am chinesischen Staat stört – eine Auseinandersetzung mit deren Anliegen ist für sie offensichtlich genauso überflüssig wie eine Analyse der staatlichen Reaktion, die mehr beinhaltet als den Fingerzeig auf ein undemokratisch-gewalttätiges »Regime«.

Was wollten die chinesischen Studenten?

In diesem strahlenden Monat Mai treten wir in den Hungerstreik. In unserer blühenden Jugend bleibt uns keine andere Wahl, als die Schönheit unseres Lebens aufzugeben, sosehr es uns auch widerstrebt.

Das Land steckt in der Krise – gebeutelt von galoppierender Inflation, illegalen Schiebereien gewinnsüchtiger Funktionäre, Machtmissbrauch, korrupten Bürokraten, der Flucht guter Leute ins Ausland und dem Niedergang von Recht und Ordnung. Landsleute, Mitbürger, die ihr die Moral schätzt, bitte hört unseren Aufruf!

Dies ist unser Land.

Dies ist unser Volk.

Dies ist unsere Regierung.

Wer soll die Stimme erheben, wenn nicht wir?

Wer soll handeln, wenn nicht wir?

Mag sein, dass unsere Schultern zu schwach und wir zu jung sind, zu sterben, aber wir müssen gehen, uns bleibt keine andere Wahl. Die Geschichte verlangt es von uns.

Unser aufrechter patriotischer Eifer und unsere einzigartige Loyalität werden als »Aufruhr« abgetan. Man wirft uns »niedrige Beweggründe« vor und bezichtigt uns, wir ließen uns »von einer kleinen Handvoll Leuten ausnutzen«.

Wir fordern alle anständigen Chinesen auf – Arbeiter, Bauern, Soldaten, Bürger, Intellektuelle, berühmte Persönlichkeiten, Funktionäre, Polizisten und diejenigen Leute, die die Vorwürfe gegen uns erfunden haben –, die Hand aufs Herz zu legen und euer Gewissen zu erforschen. Welchen Vergehens machen wir uns schuldig? Schüren wir tatsächlich Aufruhr? Wir verlassen unsere Hörsäle, wir demonstrieren, wir treten in den Hungerstreik, wir opfern sogar unser Leben. Aber immer wieder spielt man mit unseren Gefühlen. Für unser Streben nach Wahrheit erdulden wir Hunger – und werden dafür von der Polizei geschlagen. Wenn unsere Vertreter auf Knien um Demokratie bitten, werden sie ignoriert. Unsere Forderungen nach gleichberechtigten Gesprächen stoßen auf endlose Verzögerungen. Die Sicherheit unserer Studentenführer ist in Gefahr.

Was sollen wir tun?

Demokratie gehört zu den edelsten menschlichen Bestrebungen; Freiheit ist ein von Geburt an garantiertes heiliges Menschenrecht. Heute müssen wir beides mit unserem Leben erkaufen. Ist das etwas, worauf das chinesische Volk stolz sein kann?

Dieser Hungerstreik wurde uns aufgezwungen. Uns bleibt keine andere Wahl.

Mit unserer Bereitschaft zu sterben kämpfen wir für das Leben. Aber wir sind Kinder, immer noch Kinder! Mutter China, schau auf deine Kinder. Hunger zerstört unsere Jugend. Kannst du ungerührt zusehen, wie der Tod nach uns greift?

Wir wollen nicht sterben. Wir wollen leben, in vollen Zügen leben, weil wir erst am Anfang unseres Lebens stehen. Wir wollen nicht sterben; wir wollen lernen, so viel wir können. Unser Land ist jämmerlich arm. Wir haben nicht das Herz, unsere Heimat durch den Tod im Stich zu lassen. Das ist nicht unser Bestreben. Aber wenn der Tod eines Einzelnen oder mehrerer eine große Zahl von Menschen oder unser Heimatland stärker und blühender machen kann, dann haben wir kein Recht, in Schande weiterzuleben.

Habt kein Mitleid mit uns, Mütter und Väter, wenn wir Hunger leiden. Seid nicht traurig, Onkel und Tanten, wenn wir Abschied vom Leben nehmen. Unser einziger Wunsch ist, dass das chinesische Volk sich eines besseren Lebens erfreut. Wir haben nur eine Bitte: Vergesst nicht, dass wir nicht den Tod suchen. Demokratie ist nicht nur das Anliegen einiger weniger, und der Aufbau der Demokratie lässt sich nicht innerhalb einer Generation bewältigen.

Durch den Tod erwarten wir ein weitreichendes, ewiges Echo. Wenn ein Mensch dem Tod ins Auge sieht, spricht er aus tiefster Seele. Wenn ein Vogel im Sterben liegt, ist sein Ton am klagendsten.

Lebt wohl, Freunde, passt auf euch auf. Loyalität verbindet die Lebenden mit den Toten.

Lebt wohl, Geliebte, passt auf euch auf. Wir wollen euch nicht verlassen, aber wir müssen.

Lebt wohl, Mütter und Väter, bitte vergebt uns. Eure Kinder können nicht gleichzeitig loyale Staatsbürger und würdige Kinder sein.

Lebt wohl, Landsleute, lasst uns unsere Schuld gegenüber unserem Land auf die einzige Art begleichen, die uns bleibt.

Möge die Bürgerschaft, die wir mit unserem Leben unterschreiben, den Himmel über unserer Republik klären.

Manifest für einen Hungerstreik

Unsere Gründe sind:

1. Protest gegen die Gleichgültigkeit gegenüber unserem Vorlesungsboykott.
2. Protest gegen die Etikettierung unserer patriotischen, demokratischen Studentenbewegung als »Aufruhr« durch die Staatsführung und gegen viele verzerrende Presseberichte.

Wir fordern von der Staatsführung:

1. Sofortige Gespräche – konkret, substantiell und gleichberechtigt – mit der Dialogdelegation der Pekinger Hochschulstudenten.
2. Eine faire, untendenziöse Anerkennung der Studentenbewegung als rechtmäßig, patriotisch und demokratisch.

Beginn des Hungerstreiks: 13. Mai, 14 Uhr

Ort: Tiananmen-Platz

Parolen:

Das ist kein Aufruhr! Wir fordern Richtigstellung!

Dialog jetzt! Schluss mit der Verzögerungstaktik!

Fasten für das Volk, uns bleibt keine Wahl!

Internationale Öffentlichkeit, bitte kommt uns zu Hilfe!

Weltpresse, bitte unterstützt uns!

Demokratische Kräfte, bitte steht zu uns!

zit. nach Nathan/Link 2001: 273ff.

Die Studenten formulieren ihre Forderungen in dem Bewusstsein, sich mit ganz und gar *berechtigten* Beschwerden zu Wort zu melden. Sie fordern und klagen an im Namen von lauter Werten, in denen sie sich mit »allen anständigen Chinesen« *eins* wissen und sie wenden sich »auf Knien« an eine Regierung, die sie nach wie vor als die *ihre* bezeichnen. Dabei treten sie auf als künftige *Elite*, die sich ihrer *Verantwortung* für Land und Leute bewusst ist («wer anders als wir?»). Mehr noch als der Inhalt sämtlicher Anklagen empört sie die Tatsache, dass die Regierung ihre Bewegung als »Aufruhr« bezeichnet, etwas, was sie offenbar so wenig wollen, dass sie mit einem Hungerstreik nicht nur um die Gesprächsbereitschaft der Regierung, sondern auch darum kämpfen, von der Partei- und Staatsspitze als »rechtmäßig, patriotisch und demokratisch« *anerkannt* zu werden.

An diesem studentischen Protest fällt insofern vor allem auf, wie wenig er den *Gegensatz* zu Chinas herrschender Politik zur Kenntnis nehmen will, der in seiner eigenen Eingangsdiagnose durchaus enthalten ist. Da ist die Rede von »galoppierender Inflation, illegalen Schiebereien, gewinnsüchtigen Funktionären usw.« – und all das wird der Regierung in einem Tonfall *vorgehalten*, als dürfe es das gar nicht geben. Einen *Grund* für die angeklagten Phänomene wollen die Studenten gar nicht ermitteln; es ist ihnen auch ziemlich egal, in welchem Zusammenhang Inflation und »Gewinnsucht« untereinander stehen bzw. was beides mit dem ökonomischen Modernisierungsprogramm ihrer Regierung zu tun hat. Sie verlangen einfach, dass es das alles *nicht geben dürfte* und halten der Führung entgegen, dass es das auch nicht geben *müsste*, wenn sie sich nur ordentlich um ihr Volk kümmern würde.

Bis dahin bewegt sich der studentische Protest im Rahmen einer idealistischen, sachliche Zusammenhänge ignorierenden *patriotischen Bittstellung*. Die Regierung wird von ihrem Volk bzw. einem Teil, der meint, in besonderer Weise dazu berufen zu sein, gemahnt, das Notwendige zu unternehmen, um Schaden von Volk und Nation abzuwenden.

Mit der Forderung nach »Demokratie« kommt allerdings etwas Anderes, Doppeldeutiges dazu. Auf der einen Seite erklären sich die Studenten den Umstand, dass die chinesische Regierung ihrem Auftrag, für das Volk da zu sein, momentan nicht oder nur ungenügend gerecht wird, mit *fehlender Demokratie*. »Auf Knien« haben sie die Regierung um Anhörung gebeten; nun sehen sie sich gezwungen, für Demokratie und Freiheit, ihrer Ansicht nach ureigenste menschliche Rechte, zu *kämpfen* und dabei möglicherweise sogar ihr Leben aufs Spiel setzen. Damit wiederholen sie einerseits zwar nur die Aufforderung, dass die Regierung sich um die Interessen ihres Volk zu kümmern habe – nichts anderes bedeutet Volksherrschaft schließlich und nichts anderes ist auch das erklärte Programm der Volksrepublik China. Andererseits steckt in den Forderungen nach Demokratie und Freiheit aber *mehr*: Die Vorstellung nämlich, dass die kommunistische Herrschaft in China sich längst »systematisch« von ihrem Volk entfernt habe und das nur wiedergutmachen könne, indem sie endlich demokratische Prozeduren und Rechte nach *westlichem* Vorbild – Opposition, mehrere Parteien, Wahlen etc. – zulasse. Die westliche Art, *Herrschaft* zu organisieren, erscheint den chinesischen Studenten im Vergleich dazu, wie die KP ihr Land regiert, als erstrebenswert und als Ausbund von *Freiheit*; von ihrer Führung verlangen sie nun nach den *ökonomischen* Reformen *politische* Freiheiten. Dass der wahre Kern bürgerlicher Freiheit die staatlich garantierte Freiheit des privaten *Eigentümers* ist, genau die Freiheit also, deren schrittweise Zulassung in ihrem Land gerade für die von ihnen beklagten gesellschaftlichen Missstände verantwortlich zeichnet – davon haben sie vermutlich nicht die geringste Ahnung. Ebenso wenig davon, dass bürgerliche Freiheiten keineswegs garantieren, dass die materiellen Bedürfnisse eines Volks zufriedengestellt werden, sondern ganz im Gegenteil der politische Rahmen einer Klassengesellschaft sind. Und es darf auch bezweifelt werden, dass sie die bürgerliche Demokratie, die sie nach China importieren wollen, überhaupt richtig kennen. Deren *praktische Wahrheit*, soziale Beschwerden zu behandeln oder politischen Streit

auszutragen, hat ihnen sicher nicht vorgeschwebt!⁵ Über all das setzen sich die Beijinger Studenten hinweg und fordern einerseits naiv *politische Liberalisierung* als das, was ihrem Land in seiner jetzigen Krise fehle. Andererseits haben sie durchaus ein Bewusstsein davon, dass sie damit der Staatsführung ernsthaft in die Quere kommen, der sie offenbar Gewalt durchaus zutrauen. Nicht umsonst begreifen sie sich als mögliche *Märtyrer* ihrer Sache.

Je mehr sie sich im Frühsommer '89 auf diesen Punkt versteifen – sie nehmen Gorbatschows Besuch in Beijing zum Anlass, für China dieselbe Perestrojka zu verlangen, die die Sowjetunion gerade erlebt und werden darin von der westlichen Presse und ihrer Berichterstattung selbstverständlich nach Kräften bestärkt – und je mehr die studentischen Proteste sich auf ganz China ausweiten, desto mehr sieht die politische Führung ihr ökonomisches Modernisierungsprogramm und schließlich ihren gesamten Herrschaftsanspruch in Gefahr. Während zu Beginn der Aktionen die Einschätzung überwiegt, dass es sich um einen mehrheitlich patriotischen Protest handelt, dessen hauptsächliche Intention (Kampf gegen die Korruption) die Parteispitze ohne weiteres teilen könne, werden im Verlauf des Monats Mai und angesichts der Hartnäckigkeit von Demonstrationen und Hungerstreik – eine Aktion der Studenten, die die Politiker ins moralische Abseits stellen will und das auch schafft! – die Stimmen derer immer lauter, die seine Niederschlagung verlangen. Die Gründe der »Hardliner«:

- sie sehen keine Beruhigung nach ersten Gesprächen und Zugeständnissen, ganz im Gegenteil: Die Bewegung weitet sich aus (über mehr als sechs Wochen demonstrieren immer wieder zehntausend bis hunderttausend, einmal sogar über eine Million Menschen allein in Beijing, überall in Chinas Großstädten werden Studenten, teilweise aber auch Arbeiter aktiv; es kommt zu Blockaden, die Eisenbahnen sind überlastet mit Studenten, die nach Beijing reisen usw.),
- sie nehmen den Studenten die diplomatische Blamage der Volksrepublik während des Gorbatschow-Besuchs übel (ein kommunistisches Regime, das seine Hauptstadt nicht mehr im Griff hat!),
- sie befürchten Auswirkungen auf ausländische Investitionen angesichts der Unruhen, deren chaotisierende Wirkung sie an die Wirren der Kulturrevolution erinnert,
- sie registrieren verstärkte Aktivitäten ausländischer Journalisten und Agenten (US-amerikanisch/taiwanesisch) und fürchten, dass die mehrheitlich naiven Studenten feindlichen Auslandsinteressen als willkommener Hebel zur Destabilisierung Chinas und zum Sturz der KP dienen (vgl. Nathan/Link 2001, einige interessante Zitate im Anhang).

Bis in die oberste Führungsspitze hinein ist eine harte Reaktion allerdings lange Zeit umstritten. Die Breite der Bewegung deuten einige als Zeichen dafür, dass die Studenten ein die Massen bewegendes Thema ansprechen und fordern deshalb selbst entsprechende Konsequenzen, bspw. im Kampf gegen Korruption. Andererseits hat die Staatsführung auf eine Bewegung, die ihr Land über Wochen in Unordnung versetzt und ihr damit praktisch eine Machtfrage aufmacht, tatsächlich keine andere Antwort als Gewalt – ein politologischer Diskurs über das Pro und Contra diverser Herrschaftstechniken ist für die chinesische Herrschaft genauso undenkbar wie für jede andere auch. Die KP hält eine gewaltsame Beendigung der Proteste irgendwann für die zwar bedauerliche, aber doch nötige ultima ratio, nachdem Versuche der Überredung und der Erpressung nicht gefruchtet haben.

Weil die städtische Polizei nicht über entsprechende Truppen und Ausrüstung verfügt,⁶ werden Teile der Volksbefreiungsarmee in Beijing zusammengezogen und der

⁵ Vgl. dazu die Ausführungen zur bürgerlichen Demokratie und zum Rechtsstaat im nächsten Kapitel. Auch die Bürger der DDR, die kurz darauf mit der Parole »Wir sind ein Volk!« demonstriert haben, haben sich meist weder ökonomisch noch politisch das vorgestellt, was sie dann bekommen haben! Vgl. dazu Decker/Held 1989: 93ff.

⁶ Die chinesischen Überlegungen in dieser Frage wirken regelrecht unprofessionell, vergleicht man sie mit der kühlen Selbstverständlichkeit, mit der die bürgerlichen Demokratien Demonstrationen jedweder Art

Ausnahmestand mit einem Demonstrationsverbot, das so gut wie nicht beachtet wird, verkündet. Die Einheiten werden in politischen Schulungen extra auf ihren finalen Einsatz, die Räumung des Tiananmen-Platzes, vorbereitet – ohne die entsprechenden Verschwörungstheorien über ausländische Agenten etc. sind sie zur Gewaltausübung gegen chinesische Bürger offensichtlich nicht ohne weiteres bereit. Am Ende rücken die Soldaten mit Panzern in die Hauptstadt ein, um Demonstration und Hungerstreik zu beenden. Sie sollen gewährleisten, dass auf dem Tiananmen-Platz selbst, der als nationales Heiligtum gilt, kein Blut fließt. Selbstverständlich ist aber der Zweck der Aktion des Militärs nicht das *Vermeiden* von Blutvergießen, sondern die *Durchsetzung* des staatlichen Gewaltmonopols, das sich angekratzt sieht – insofern kommt es zu den entsprechenden Opfern.⁷

Die Beijinger Bürger und die gesamte chinesische Gesellschaft, die teilweise stark mit den hungerstreikenden Studenten sympathisiert haben, sind durch diesen »Sündenfall« der Armee, die sich gegen das eigene Volk gewandt hat, jahrelang zutiefst verunsichert; sozialer und politischer Protest wird damit erfolgreich abgeschreckt. Das westliche Ausland, dem Gewalt als Mittel zur Durchsetzung seiner Interessen gegen Menschen im In- und Ausland bekanntlich wesensfremd ist, reagiert »schockiert«; die Führungsmacht USA ordnet wirtschaftliche und politische Sanktionen an.⁸

Das Jahr 1989 ist ein Wendepunkt in der Geschichte von Chinas Systemreform. Mit dem Auffahren der Panzer auf dem Tiananmen-Platz beendet die Deng-Fraktion (vorläufig) einen veritablen und parteiintern ausgreifenden Streit über die künftig gültige Definition der chinesischen *Staatsräson*.

Aus Sicht der Fraktion um Deng Xiaoping und Li Peng ist vor allem anderen eine unmissverständliche *Klarstellung* darüber fällig, dass die ökonomischen Reformen keineswegs eine *Liberalisierung* nach sich ziehen, die die Machtstellung der Partei in Frage stellen könnte. Angesichts der politischen *Erosionen*, die Gorbatschows Perestrojka in der Sowjetunion und in den Staaten des Warschauer Pakts bereits hinterlassen hat, plädiert sie für exemplarische Härte. Die strikte Trennung zwischen der gebotenen ökonomischen und einer verbotenen politischen Liberalisierung soll entsprechende Bedenken gegen den neuen Kurs auch in der eigenen Partei und beim Militär zerstreuen.

Die kompromisslose Durchsetzung dieser Linie erscheint der Fraktion um Deng Xiaoping umso dringlicher, als im Verlauf der Auseinandersetzungen mit den Studenten deutlich wird, dass die unumstrittene Autorität von Partei und Staatsgewalt bereits zersetzt *ist*. Die Studenten finden mit ihren Forderungen Sympathien bei der Professorenschaft und bei Beijinger Bürgern; die Armee erweist sich in Teilen als unzuverlässig (vgl. Nathan/Link 2001). Und auch die Partei ist angesichts der gesellschaftlichen Konsequenzen ihres ökonomischen Umbaus gespalten und steht keineswegs geschlossen hinter einer »harten Linie«.⁹

einschüchtern und bekämpfen. Diese Sorte gesellschaftlicher Interessensgegensätze kennt die sozialistische VR bisher nicht – weshalb ihr auch die in jeder bürgerlichen Demokratie vorhandenen Instrumente einer Polizeiausrüstung fehlen, mit der jeder Eskalationsschritt perfekt zu handhaben ist.

⁷ Nathan/Link (2001) geben insgesamt 421 Tote in ganz Beijing an, die meisten in den Außenbezirken der Stadt, wo Bürger die einrückenden Truppen am Weiterkommen hindern wollten.

⁸ »Die USA waren der Vorreiter unter den westlichen Staaten und verhängten am 5. und 20. Juni 1989 Sanktionen gegen die Volksrepublik: Ein Waffenembargo, einen Stopp der multilateralen Kreditvergabe wie z.B. der Weltbankkredite und einen Bann über hochrangige Regierungskontakte oberhalb der Staatssekretärebene. Die EU folgte den USA und verhängte am 12. und 27. Juni die gleichen Sanktionen. Die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit wurde von vielen Staaten des Westens ebenfalls abgebrochen. Diese vergleichsweise harten Sanktionen wurden relativ schnell beendet: 1990 und 1991 wurde der diplomatische Bann durch die USA und die EU offiziell beendet. Einzig das Waffenembargo hält bis heute an.« (Krumbein 2007: 117)

⁹ Vor allem Zhao Ziyang, Generalsekretär der KP, versucht bis zuletzt, zu einem Kompromiss mit den protestierenden Studenten zu kommen. Nachdem sich die harte Linie Li Pengs und Deng Xiaopings durchgesetzt hat, wird er entmachtet und unter Hausarrest gestellt.

Gefährlich aus der Sicht des staatlichen Apparats sind neben den studentischen Protesten vor allem Unruhen unter den *Arbeitern*. Die sozialen Konsequenzen der Unternehmensreform, zunehmend härtere Arbeitsbedingungen und Preissteigerungen haben deren Lebensbedingungen rapide verschlechtert; erste Gewerkschaften sind bereits illegal gegründet¹⁰ und verbünden sich mit den protestierenden Studenten. Auch sie werden bei dem Militäreinsatz in Beijing praktisch bekämpft und zerschlagen – ein wesentlicher Bestandteil des Militäreinsatzes, der in der westlichen Presse, die sich vor allem auf die Studenten und ihre demokratie-politischen Forderungen kapriziert, übrigens kaum erwähnt wird.

Mit militärischer *Gewalt* verschafft die Reformfraktion der KP ihrem Programm einer alternativlosen und unaufhaltsamen Einführung der kapitalistischen Marktwirtschaft wieder den nötigen Respekt – zunächst auf dem Feld des staatlichen Gewaltmonopols. Die gesamte chinesische Gesellschaft wird exemplarisch belehrt, dass die Beijinger Zentrale im Geleitzug der neuen ökonomischen Freiheiten nichts duldet, was ihren Machtanspruch in Frage stellt – eine Klarstellung, die vor allem auch an die eigenen Parteifunktionäre und Provinzpolitiker ergeht.

Andererseits beginnen die Reformer damit, alle möglichen Erscheinungen, die sie selbst als unliebsam einstufen, zu *korrigieren*. Dazu müssen sie allerdings im Einzelfall *entscheiden*, was sie als funktional oder disfunktional ansehen bei ihrem Programm, die Einführung des Kapitalismus zum Erfolg für die chinesische Nation zu machen. *Sachlich* sind Erwünschtes und Unerwünschtes, Wirkung und »Neben«wirkung allerdings in vielen Fällen nicht zu trennen: Wo wird Kredit ökonomisch sinnvoll verausgabt und wo ist er »zuviel«? Wo kann sich die Partei freuen über Zuspruch zu ihrer Bereicherungs-Maxime und wo stört die Verbindung von Kadern und Geschäft, liegt also »Korruption« vor? Zudem steht sie vor dem Problem, dass ihr als Resultat des Prozesses, den sie selbst losgetreten hat, einiges an materieller Verfügungsgewalt über Land und Leute abhanden gekommen ist und ihre Korrekturversuche ins Leere laufen. Auch diese Erkenntnis wirft sie in den meisten Fällen zurück auf die Frage ihrer *Durchsetzungsfähigkeit*. Die KP kritisiert sich selbst dafür, zuviel an Freiheiten gestattet zu haben und sieht auch hier den Ausweg darin, zunächst ihr Gewaltmonopol zu restaurieren. Sie versucht, die Autorität der Zentrale gegen die Eigenmächtigkeit der Provinzen und der Ministerien wiederherzustellen; sie erneuert die staatliche Aufsicht über den Außenhandel und nimmt Freiheiten bei der Preispolitik zurück. So will sie sich wieder die Mittel verschaffen, den von ihr in Gang gesetzten Transformationsprozess auf seine Tauglichkeit fürs nationale Interesse auszurichten. Dieses nationale Korrekturprogramm ist allerdings nicht bereits mit seiner Verkündung in Kraft gesetzt und noch viel weniger auch schon gelungen. Es ist vielmehr ein auf Dauer angelegter *Kampf der Beijinger Zentrale mit ihrer Gesellschaft*, der *bis heute* die politische Agenda der Volksrepublik kennzeichnet. Hier nur einige der wichtigen Etappen und Felder:

- Inflation und Haushaltsstabilität. Mit einer Politik der Investitionsrestriktionen und einer Rückkehr zur Preiskontrolle auf dem ländlichen und städtischen Konsumgütermarkt bei den wichtigen Roh- und Basisstoffen wird die Inflation eingedämmt. Ende der 1990er Jahre soll eine strikte Sparpolitik durch eine Halbierung der Zahl der Staatsbediensteten die Situation des Staatshaushalts verbessern.
- Entflechtung von *Armee* und *Geschäft*. Als Armeeangehörige in den 1990er Jahren immer öfter in Schmuggel- und Korruptionsskandale verwickelt sind und Zweifel an der Wehrfähigkeit der VBA laut werden, zwingt Beijing die Armee, sich von den meisten

¹⁰ Auf der Seite der Arbeiter spielt Han Dofang eine Rolle, der wegen seiner Aktivitäten verfolgt und verurteilt wird. Nach einem Aufenthalt in den USA ist er inzwischen Betreiber des chinesischen »labour net« in Hongkong.

Beteiligungen zu trennen.¹¹ Mit deftigen Erhöhungen des Militäretats, unter anderem explizit zur Erhöhung der Gehälter der Armeeangehörigen, beugt die Regierung eventuell aufkommender Unzufriedenheit vor.

- Rückgewinnung *zentraler Steuerhoheit*. Die Regierung in Beijing setzt 1994 ein Gesetz über die Verteilung der Steuern gegen die Provinzen durch, auf dessen Basis sich der zentralstaatliche Haushalt erstmals seit der Kulturrevolution wieder einen relevanten Teil des nationalen Steueraufkommens sichern kann.
- Kampf gegen die *Korruption*. Breit angelegte staatliche Kampagnen in den 1990er Jahren (Eindämmung der Kooperation von Zoll und Schmugglern), die auf Basis der oben erläuterten Gründe den Charakter einer Sisyphusarbeit haben.
- Kampf gegen den »*Regionalismus*« der Provinzen und um die Einheit des chinesischen Wirtschaftsraums als Basis kapitalistischer Erschließung.

Mit seiner »Reise in den Süden« beendet Deng Xiaoping 1992 die KP-interne Auseinandersetzung über den Reformkurs. Allen, die am nationalen Sinn des kapitalistischen Experiments oder wenigstens an seinem Tempo und seinen sozialen Härten zweifeln, stellt er den Erfolg der marktwirtschaftlichen Methoden vor Augen, die sich in den Skylines von Shenzhen und Guandong manifestieren. Das wirkt! Dengs Position setzt sich erneut durch. Damit kommt die nächste kapitalistische Gründungswelle in Gang – und mit ihr natürlich auch eine Neuauflage vieler Probleme, denen sich das staatliche Handeln zu widmen hat.¹²

Dieser Text ist identisch mit Kapitel 8 Teil II Die kapitalistische Volksrepublik China aus China – Ein Lehrstück.

¹¹ Bis Anfang 2000 werden 4.000 Firmen geschlossen, 3.500 verkauft (darunter große Handelsfirmen, Chinas größter und hochprofitabler Pharmakonzern, 999 Hotels und Nachtclubs usw.); sie existieren heute als Privatunternehmen fort.

¹² »Bis Mitte 1993 wurden landesweit 8.000 neue »Entwicklungszonen« gemeldet. Die Investitionen im Immobiliensektor in den Jahren 1992, 1993 und 1994 erzielten einen Jahreszuwachs von 102,%, 149,8% und 124,5%. (...) Die typischen Begleitsymptome der raschen Wachstumsphase, die so genannten »vier Hochs und zwei Konfusionen« traten wieder ein. Die Pekinger Zentrale kritisierte scharf das mangelnde Verantwortungsbewusstsein der lokalen Behörden für die gesamtwirtschaftliche Stabilität und leitete im Jahre 1994 eine umfassende Struktur der Finanzordnung ein. (...) Im Jahre 1996 platzten die Immobilienblasen, die durch den »Investitions- und Spekulationswahn« im Bau- und Immobiliensektor in der erste Hälfte der 1990er Jahre entstanden waren. Die Folgen zeigten sich in landesweit ca. 350 Mio. qm leerstehenden Büro- und Wohnräumen und durch den Absturz der Immobilienpreise um 50%.« (Hyekyung Cho 2005: 65)